



Aktueller Kommentar

Der Klimastreit – und seine wirtschaftlichen und politischen Implikationen

29. Februar 2012

Aktuell wird eine Debatte über Tempo, Ausmaß und Schadenspotenzial des Klimawandels sowie über den Einfluss des Menschen auf den Klimawandel geführt. Dies mag für den unbedarften Beobachter der Klimawandeldiskussion überraschend kommen, denn in den vergangenen Jahren wurde überwiegend der Eindruck erweckt, die Naturwissenschaft stimme darin überein, dass der Klimawandel erstens schnell voranschreitet, dass zweitens der Mensch durch die von ihm verursachten Treibhausgasemissionen wesentlich hierzu beiträgt und dass der Klimawandel drittens mit großen Schäden verbunden sein wird. Dabei ist dieser „Klimastreit“ nicht neu, sondern so alt wie die Klimadebatte selbst.

Grundsätzlich kann man in der Diskussion über den Klimawandel vier verschiedene „Lager“ identifizieren, wobei die Grenzen zwischen den jeweils vertretenen Positionen nicht trennscharf sind.

- Die erste Gruppe negiert einen Einfluss des Menschen auf den Klimawandel komplett oder zumindest weitgehend.
- Im zweiten Lager werden menschliche Einflüsse auf den Klimawandel zwar anerkannt, aber insgesamt und/oder relativ zu anderen Faktoren als sehr gering angesehen.
- Die dritte Gruppe vertritt die Auffassung, dass der Mensch zwar einen signifikanten Einfluss auf den Klimawandel hat, dass die Schäden (kurz- und mittelfristig) aber nicht so gravierend sein werden bzw. dass andere Probleme der Menschheit dringlicher sind.
- Die vierte Gruppe schließlich nimmt die Position ein, dass der Mensch durch seine Aktivitäten den Klimawandel maßgeblich beschleunigt, dass der Klimawandel mit hohen Schäden verbunden sein wird und dass daher schnell umgesteuert werden sollte.

Um das Spektrum der Meinungen abzurunden, sollte erwähnt werden, dass von mancher Seite die Folgen des Klimawandels nicht per se als schädlich für die Menschheit angesehen werden.

An der Diskussion ist für den interessierten Laien, aber auch für „Klimaexperten“ der nicht-naturwissenschaftlichen Fachrichtungen (z.B. für Ökonomen) durchaus verwirrend, dass jede Gruppierung für die eigene Meinung mehr oder weniger überzeugende Argumente vorbringt. Beweise für die eigene Theorie (im Sinne eines verlässlich reproduzierbaren Experiments) kann freilich keine Gruppe vorlegen, was auch nicht behauptet wird. Insofern ist die Existenz von Unsicherheit innerhalb der Klimawissenschaften auch gänzlich unbestritten.

Welche ökonomischen und politischen Implikationen hat nun dieser Klimastreit? Sollte die Politik ihre Prioritäten grundlegend ändern? Um die Fragen zu beantworten, sollte man sich zunächst vergegenwärtigen, dass Wirtschaftssubjekte – egal ob Staat, Unternehmen oder Privatpersonen – fast immer Entscheidungen unter Unsicherheit treffen müssen. Die Unsicherheiten bezüglich des Klimawandels und der Rolle des Menschen könnte man – bildhaft – auf ein (ökonomisches) Entscheidungsproblem eines Autofahrers übertragen: Man stelle sich vor, ein Autofahrer fahre mit hoher Geschwindigkeit eine Straße entlang. Als am Horizont eine Wand auftaucht, ist er sich nicht sicher, ob er gegen die Wand oder an ihr vorbeifahren wird. Da für den Autofahrer das Vermeiden eines Unfalls (nicht nur) aus ökonomischer Sicht Priorität hat, ist es ratsam, zumindest die Geschwindigkeit zu verlangsamen, bis die Unsicherheit beseitigt ist; das rät übrigens auch der gesunde Menschenverstand. Übertragen auf den Klimawandel hieße das, dass die Menschheit gut beraten ist, ihre CO₂-Emissionen zu verringern, denn das Risiko massiver Schäden durch den Klimawandel ist zu groß.

Mehr Effizienz!

Von besonderer Bedeutung ist nun, wie die Menschheit den Ausstoß von Treibhausgasen verringern sollte, oder, um im Bild zu bleiben, wie der Autofahrer bremsen sollte. Und hier gibt zumindest die Ökonomie eine klare

Antwort: Die Emissionen sollten dort verringert werden, wo es am wenigsten kostet. Es sollten also die effizientesten CO₂-Vermeidungsmaßnahmen ergriffen werden; letztlich entspricht dies der Grundidee des Emissionshandels. Es gibt viele CO₂-Vermeidungsmaßnahmen, die sich wirtschaftlich lohnen, weil die Einspareffekte etwa bei den Energiekosten höher sind als die vorherigen Investitionen. Die Energieverschwendung auf globaler Ebene ist u.a. daran zu erkennen, dass etwa die USA bei einem im Vergleich zur EU nur moderat höherem Wohlstandsniveau einen mehr als doppelt so hohen CO₂-Ausstoß pro Kopf aufweisen; oder daran, dass die CO₂-Intensität z.B. der chinesischen Volkswirtschaft fast doppelt so hoch ist wie jene der EU. Auch die hohen Subventionen für fossile Energieträger, die vor allem in den jeweiligen Förderländern gewährt werden, führen zu einem verschwenderischen Umgang mit knappen Ressourcen. Bei allen genannten Beispielen wäre es auch ohne Klimawandel wirtschaftlich geboten, die Energieverschwendung zu stoppen.

Ohnehin resultiert aus der Endlichkeit der fossilen Energieträger – erneut gänzlich unabhängig vom Klimawandel – ein weiterer wirtschaftlicher Grund, die CO₂-Emissionen (bzw. den Verbrauch jener Ressourcen) zu reduzieren. Denn Öl, Gas und Kohle dürften in den nächsten Dekaden tendenziell teurer werden. Und ihre Förderung ist zunehmend mit lokalen Umweltproblemen verbunden. Man kann das Bild des Autofahrers abermals aufgreifen: Selbst wenn der Autofahrer also an der Wand vorbeifahren sollte, endet seine Straße irgendwann im Nirgendwo oder in einer Sackgasse.

Wie fällt nun das Urteil über die bisherigen klimapolitischen Maßnahmen aus? Die EU hat mit dem Emissionshandel CO₂ einen Preis gegeben und in den teilnehmenden Branchen die Basis dafür geschaffen, dass die kostengünstigsten Vermeidungsmaßnahmen ergriffen werden können. Darüber hinaus existiert in den EU-Staaten aber ein ganzer Flickenteppich (auch) klimapolitisch motivierter Maßnahmen, von denen CO₂-Grenzwerte für Pkw oder die Förderung erneuerbarer Energien nur einige Beispiele sind. Dieser Instrumentenmix führt dazu, dass es für das homogene und in der EU auch handelbare Gut CO₂ faktisch unterschiedliche Preise gibt. Dies ist stets ein Zeichen für ökonomische und ökologische Ineffizienz, aber politische Realität. Durch eine Erweiterung des Emissionshandels auf mehr Branchen könnte das klimapolitische Instrumentarium vereinfacht werden.

Letztlich stimmt aus unserer Sicht die grobe Richtung der EU-Klimapolitik, wenngleich Nachjustierungen und Änderungen bei sehr teuren (sicherlich gut gemeinten) Klimaschutzmaßnahmen notwendig sind. Auch das bislang formulierte quantitative CO₂-Emissionsreduktionsziel der EU (-20% bis 2020 gg. 1990) ist nicht zu ambitioniert gewählt, denn allein die Effizienzpotenziale dürften in der EU beträchtlich sein. Es ist auch gerechtfertigt, die Forschung im Bereich der Klimaschutzmaßnahmen zu erhöhen, damit u.a. durch technischen Fortschritt heute noch teure Vermeidungsmaßnahmen künftig günstiger werden (statische versus dynamische Effizienz von Klimaschutzmaßnahmen).

Problematisch ist, dass andere Staaten noch nicht mit quantitativen CO₂-Emissionsreduktionszielen folgen. Dies verzerrt den internationalen Wettbewerb und reduziert die Effektivität der EU-Klimapolitik massiv, denn letztlich sitzen alle Länder, um erneut das Bild zu bemühen, im gleichen Auto, dessen Geschwindigkeit sich nur wenig verlangsamt, wenn nur einige wenige auf die Bremse treten. In diesen Staaten reichen noch nicht einmal die Preissignale aus, um zumindest der Energieverschwendung Einhalt zu gebieten. Die Abschaffung von Subventionen für fossile Energieträger und/oder höhere Energiesteuern wären dort daher ein guter Anfang.

Die Aktuellen Kommentare im Audio-Format finden Sie [hier](#)...



Eric Heymann (+49) 69 910-31730

...mehr zum Research-Bereich **Branchen und Ressourcen**

Aktuelle Kommentare - Archiv

© Copyright 2012. Deutsche Bank AG, DB Research, D-60262 Frankfurt am Main, Deutschland. Alle Rechte vorbehalten. Bei Zitaten wird um Quellenangabe „Deutsche Bank Research“ gebeten.

Die vorstehenden Angaben stellen keine Anlage-, Rechts- oder Steuerberatung dar. Alle Meinungsäußerungen geben die aktuelle Einschätzung des Verfassers wieder, die nicht notwendigerweise der Meinung der Deutsche Bank AG oder ihrer assoziierten Unternehmen entspricht. Alle Meinungen können ohne vorherige Ankündigung geändert werden. Die Meinungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen von der Deutsche Bank veröffentlichten Dokumenten, einschließlich Research-Veröffentlichungen, vertreten werden. Die vorstehenden Angaben werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Angemessenheit der vorstehenden Angaben oder Einschätzungen wird keine Gewähr übernommen.

In Deutschland wird dieser Bericht von Deutsche Bank AG Frankfurt genehmigt und/oder verbreitet, die über eine Erlaubnis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht verfügt. Im Vereinigten Königreich wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG London, Mitglied der London Stock Exchange, genehmigt und/oder verbreitet, die in Bezug auf Anlagegeschäfte im Vereinigten Königreich der Aufsicht der Financial Services Authority unterliegt. In Hongkong wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG, Hong Kong Branch, in Korea durch Deutsche Securities Korea Co. und in Singapur durch Deutsche Bank AG, Singapore Branch, verbreitet. In Japan wird dieser Bericht durch Deutsche Securities Limited, Tokyo Branch, genehmigt und/oder verbreitet. In Australien sollten Privatkunden eine Kopie der betreffenden Produktinformation (Product Disclosure Statement oder PDS) zu jeglichem in diesem Bericht erwähnten Finanzinstrument beziehen und dieses PDS berücksichtigen, bevor sie eine Anlageentscheidung treffen.